

Zwischen Terror und Neuwahlen

Nach dem Ende des Ausnahmezustands steht Nepal vor einer ungewissen Zukunft

Von Karl-Heinz Krämer

Nach neun Monaten ist der befristete Ausnahmezustand am 23. August diesen Jahres ausgelaufen. Die ersten sechs Monate waren vom Parlament im Februar mit überwältigender Mehrheit abgesegnet worden. Als sich im Mai abzeichnete, daß Premierminister Sher Bahadur Deuba nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit im Parlament finden würde, um den Ausnahmezustand um weitere sechs Monate zu verlängern, forderte er König Gyanendra auf, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen. Gyanendra folgte dieser Empfehlung des Premierministers, löste das Parlament auf, ordnete zum 13. November Neuwahlen an und beauftragte die Deuba-Regierung mit der Fortführung der Amtsgeschäfte bis nach den Wahlen. Deuba verlängerte den Ausnahmezustand ohne Parlament um weitere drei Monate. Wegen der bevorstehenden Wahlen verzichtete er auf eine erneute Verlängerung. Es ist ohnehin fraglich, ob ein derartiges Vorgehen verfassungsgemäß wäre.

Sicherheitskräfte verletzen Menschenrechte

Es ist unklar, was die formelle Beendigung des Ausnahmezustands für das Land bedeutet. Die Armeeführung, die in den vergangenen neun Monaten enorm an politischem Einfluß gewonnen hat, ließ durchblicken, daß die Kampagnen gegen die aufständischen Maoisten auch ohne Ausnahmezustand fortgesetzt werden. Auch sonst hat sich offenbar wenig geändert. So ist nicht erkennbar, daß die gravierenden Menschenrechtsverletzungen, die auch seitens der Regierung und insbe-

sondere der Sicherheitskräfte in den vergangenen neun Monaten begangen wurden, abgenommen haben. Beispielsweise hatte die Aussetzung der Presse- und Meinungsfreiheit sowie des Rechts auf Information zu einer Welle der Unterdrückung der Medien geführt. Viele Journalisten wurden seitens der Armee inhaftiert ohne Prozeß, ohne Möglichkeit des Rechtswegs und ohne Information der Angehörigen über ihren Verbleib. Viele wurden in der Haft gefoltert, andere verschwanden spurlos. Auch mehr als zwei Wochen nach dem Ende des Ausnahmezustands, unter dem viele Grundrechte eingeschränkt wurden, sind immer noch zahlreiche Journalisten in Haft. *Amnesty International* (AI) hatte in den vergangenen Monaten mit zahlreichen *urgent actions* auf Einzelschicksale aufmerksam gemacht. Vom 9. bis 25. September hielt sich jetzt eine AI-Delegation in Nepal auf, um die dramatisch verschlechterte Menschenrechtssituation vor Ort in Augenschein zu nehmen und die Regierung auf eine Achtung der Menschenrechte zu drängen. Es hat jedoch den Anschein, daß die Regierung diesbezüglich keinen Einfluß auf die Armee ausübt und somit dazu beiträgt, daß die Sicherheitskräfte außerhalb des Rechtsstaates stehen.

Erneute maoistische Gewalteskalation

Gleiches gilt natürlich auch für die Maoisten, die ihre sinnlosen Anschläge auf Personen und Sachen unverändert fortsetzen. Gerade in den letzten Wochen, auch schon vor dem formellen Ende des Ausnahmezustands, haben sich maoisti-

sche Bombenanschläge im Kathmandual gehäuft. Aber auch sonst geht im Land die Zerstörung öffentlichen Eigentums und infrastruktureller Einrichtungen wie Verwaltungsgebäude, Schulen, Straßen, Wasserkraftwerke und Fernmeldeeinrichtungen unvermindert weiter.

Nach dem 7. September verübten die Maoisten an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen im mittleren Osten und Westen des Landes in den Distrikten Sindhuli, Arghakhanchi und Gulmi wieder große Massakern an Sicherheitskräften. Dabei wurden weit über 100 Soldaten und Polizisten getötet. Die Armee gibt die Zahl der gleichzeitig getöteten Maoisten noch wesentlich höher an. Auf den ersten Blick mag diese erneute Eskalation des Konflikts im Zusammenhang mit der Beendigung des Ausnahmezustands gedeutet werden. Doch die eigentliche Lehre ist eine andere: Auch nach neun Monaten Ausnahmezustand und Jagd auf die Maoisten ist deren Schlagkraft und Kampfmoral offensichtlich ungebrochen. Einiges deutet darauf hin, daß die maoistischen Anschläge die Regierung zu einer erneuten Verhängung des Ausnahmezustands veranlassen könnten. Dabei lassen die schweren Zwischenfälle doch eigentlich nur eine Schlußfolgerung zu: Der maoistische Konflikt kann mit militärischer Gewalt nicht gelöst werden. Weit über 4.000 Menschen haben im Verlauf der Auseinandersetzungen ihr Leben gelassen, und es ist zu befürchten, daß viele Todesopfer mehr geben wird, wenn die Regierung weiterhin nur auf eine gewaltsame Unterdrückung setzt und jede Verhandlung kategorisch ablehnt. Deuba ist hierzu nur bereit, wenn die Maoisten zuvor ihre Waffen abgeben. Das klingt angesichts deren offen-

sichtlich ungebrochener Schlagkraft völlig utopisch. Fraglich ist auch, welchen Stellenwert die in den letzten Wochen wiederholt gemachten Bereitschaftsklärungen Prachandas, des Vorsitzenden der CPN (Maoist), zu erneuten Gesprächen haben. Innerhalb der maoistischen Reihen scheint es nämlich ebenfalls Machtkämpfe zu geben. Der besonders militante Maoistenführer Ram Bahadur Thapa, besser bekannt als Genosse Badal, ist gegen einen weiteren Dialog mit dem Staat und findet dabei offensichtlich zunehmenden Zuspruch in maoistischen Kreisen.

Für die Entschlossenheit Deubas, die Option der gewaltsamen Niederschlagung des Aufstands weiter auszureizen, spricht auch die Tatsache, daß sich der nepalische Premierminister - anstatt wie geplant als Repräsentant Südasiens zum Umweltgipfel in Johannesburg - lieber nach Europa begab, wo er um weitere Unterstützung im Kampf gegen die Maoisten warb. Daß er bei Großbritanniens Premierminister Blair hierbei auf offene Ohren stößt, ist hinlänglich bekannt, sieht doch Blair ähnlich wie der amerikanische Präsident Bush den Aufstand in Nepal als ein Glied in der Kette des internationalen Terrorismus. Überraschend kam jedoch der Kauf moderner Waffen in Belgien, der dort eine Regierungskrise auslöste. Nach massiven Protesten aus dem In- und Ausland verschob die belgische Regierung den Liefertermin auf Dezember, das heißt bis nach den angekündigten Parlamentswahlen in Nepal. Außerdem kündigte man an, sich zuvor besser über die politische und menschenrechtliche Situation in Nepal zu informieren.

Antikorruptionskampagne

Vor dem Hintergrund der gravierenden Probleme des Landes mit seiner großen Armut, der mangelhaften Infrastruktur, der ungleichen Beteiligung der Bevölkerungsgruppen, der Perspektivlosigkeit der



Der Bürgerkrieg bringt das Tourismusgeschäft fast zum Erliegen (Foto: Archiv)

Jugend angesichts der immer größer werdenden Arbeitslosigkeit und der unverminderten und immer dreisteren Korruption bis in höchste Staats- und Regierungskreise erscheint eine einfache Lösung des maoistischen Konflikts derzeit in endlose Ferne gerückt. Persönliche Vorteile und Macht haben für die Politiker der etablierten Parteien weiterhin Vorrang vor dem Schicksal des Landes und seiner Menschen. Der andauernde Machtkampf innerhalb der einstigen Parapartei, des *Nepali Congress*, hat Symbolcharakter.

Dennoch gibt es in diesen Wochen Hoffnungsfunken, daß sich doch etwas ändern könnte am Denken und Verhalten der Politiker. Diese Hoffnung klammert sich an die jüngst eingeleitete Antikorruptionskampagne, bei der staatliche Organe, insbesondere die *Commission for the Abuse of Authority* (CIAA), erstmals hart durchgreifen. Unterstützt wurde dieses Vorgehen durch eine ausführliche und offene Berichterstattung in den Medien. Bei einer Reihe der Korruption verdächtiger führender Beamter und Funktionäre wurden überraschend Hausdurchsuchungen durchgeführt. Mehrere Personen wurden verhaftet und man leitete ein Verfahren gegen sie ein.

Auch vor führenden Politikern und Ministern hat man nicht haltgemacht. So hat man bei den Banken recherchiert, ob die

von den Politikern gemachten Angaben zum Vermögensstand - zumindest die Minister sind zu derartigen Angaben verpflichtet - mit den tatsächlichen Bankguthaben übereinstimmen. Der erste große Fall, der öffentlich wurde, betraf Chiranjibi Wagle, Minister für Raumordnung und öffentliche Arbeiten und Nummer zwei in der amtierenden Kabinettsliste nach Premierminister Sher Bahadur Deuba. Just als Deuba wegen Waffenkäufen in Europa weilte und Wagle die Amtsgeschäfte des Premierministers daheim vertretungsweise wahrnahm, wurde bekannt, daß auf den Konten der Familie Wagle nicht lediglich die erklärten 600.000 Rupien lagerten sondern über zehn Millionen Rupien. Ferner wurde bekannt, daß sich der Grundbesitz der Familie Wagle seit 1993, als Chiranjibi Wagle erstmals ein lukratives Ministeramt bekleidete, gewaltig vermehrt hat. Wagle war 1994 einer der treibenden Akteure, die zum Scheitern der ersten *Nepali Congress*-Regierung unter Girija Prasad Koirala beigetragen hatten, und ist seither einer der größten parteiinternen Kritiker Koiralas. Als die CIAA nun weiterhin nachsetzte, trat Wagle am 10. September zurück. Aber auch andere Minister gerieten in die Schußlinie der Kommission. Premierminister Deuba sah sich unter Zugzwang und kündigte an, daß er sich von den unter Korruptions-

verdacht geratenen Ministern trennen und sein Kabinett verkleinern werde.

Wahlperspektiven

Angesichts der inkonstanten innenpolitischen Lage ergibt sich die Frage, ob die für den 13. November geplanten Parlamentswahlen tatsächlich durchgeführt werden können. Zwar hat die Armee wiederholt erklärt, sie werde die sichere Durchführung dieser Wahlen sicherstellen, doch haben die jüngsten schweren Attacken der Maoisten gezeigt, daß derartige Garantien des Militärs wenig realistisch sind. Möglicherweise wird man versuchen, die Sicherheit dadurch zu erhöhen, daß man die Wahlen je nach Region an unterschiedlichen Tagen durchführt. Bereits die Wahlen von 1999 waren auf zwei Wahltage verteilt worden; jetzt spricht man gar von acht Wahltagen.

Ein großer Unsicherheitsfaktor wird zusätzlich durch die Wahlkommission heraufbeschworen. Zwar hat sich der *Nepali Congress* bereits Ende Mai in die beiden Gruppen von Deuba und Koirala gespalten, und beide Gruppen haben bei der Wahlkommission beantragt, als der rechtmäßige *Nepali Congress* bei den Wahlen antreten zu dürfen, doch die dreiköpfige Wahlkommission hat sich auch dreieinhalb Monate nach dieser Spaltung und nur zwei Monate vor dem angekündigten Wahltermin nicht zu einer Entscheidung durchringen können. Offensichtlich spielen dabei persönliche Bindungen von zwei der drei Kommissionsmitglieder an Deuba bzw. an Koirala eine entscheidende Rolle. Während Deuba großen Optimismus verspricht, daß seine Gruppe den Zuschlag erhält, droht Koirala bereits vorsorglich mit einem Wahlboykott, wenn seine Gruppe nicht als rechtmäßiger *Nepali Congress* in die Wahlen darf. Wichtig ist die Anerkennung als offizieller *Nepali Congress* vor allem für die Zuordnung des Wahlsymbols, eines Baums. Angesichts der hohen Zahl von Analphabeten ist die Bedeutung des Wahlsymbols nicht zu unterschätzen. Nur Parteien, die bei den vorigen Parlamentswahlen mehr als drei Prozent der Stimmen erhalten haben, besitzen Anspruch auf die Beibehaltung eines landesweit einheitlichen Wahlsymbols.

Ansonsten rüsten sich die politischen

Parteien für die Wahlen und arbeiten an ihren Wahlmanifesten. Ein offener Aufruf zum Wahlboykott liegt lediglich seitens der CPN (Maoist) vor. Über die Chancen der einzelnen Parteien läßt sich im Augenblick nur spekulieren, weil es zu viele Unsicherheitsfaktoren gibt: Können die Wahlen überhaupt stattfinden angesichts der nicht zu garantierenden Sicherheit? Können sie frei und fair durchgeführt werden? Wird letzteres überhaupt möglich sein, wenn es zu einer erneuten Ausrufung des Ausnahmezustands und damit zur weiteren Einschränkung von Grundrechten kommt?

Eine ganz entscheidende Frage wird auch das Schicksal des *Nepali Congress* sein. Wird es noch vor den Wahlen zu einer Wiedervereinigung der beiden zerstrittenen Gruppen um Deuba bzw. Koirala kommen? Das Hinhalten und Taktieren der offensichtlich doch nicht ganz unabhängigen Wahlkommissare könnte andeuten, daß hinter den Kulissen Versuche hierzu unternommen werden. Andererseits hat die Einheit des *Nepali Congress* auch schon lange vor der formellen Spaltung Ende Mai nicht mehr existiert. Selbst wenn es also zu einer Wiedervereinigung der zerstrittenen Gruppen käme, bliebe die innere Zerrissenheit der Partei erhalten.

Da bleibt die Frage, ob es für das Land vielleicht eine Chance wäre, wenn der *Nepali Congress* gespalten bliebe und völlig andere Mehrheitsverhältnisse im Parlament geschaffen würden. Zu sehr hat das Versagen der Demokratie im letzten Jahrzehnt mit den internen Machtkämpfen innerhalb dieser Traditionspartei zu tun. Das zeigte sich nicht allein in der Phase fehlender absoluter Mehrheiten (1994 bis 1999). Selbst wenn der *Nepali Congress* über eine regierungsfähige Mehrheit verfügte (beispielsweise 1999 bis 2002), überlebte keine Regierung wesentlich länger als ein Jahr. Mehr kann das Land von dieser Politik nicht verkraften.

Bleibe die Frage nach Alternativen. Hauptnutznießer eines gespaltenen *Nepali Congress* dürfte die *Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist)* oder Kurz CPN (UML) sein. Diese eher sozialdemokratische als kommunistische Partei hat seit 1991 kontinuierlich an Stimmen gewonnen. Wäre es Anfang 1998 nicht zu

einer vorübergehenden Spaltung dieser Partei gekommen, hätte sie bereits die Wahlen von 1999 sowohl nach Stimmen als auch nach Sitzen eindeutig für sich entschieden; die abgespaltene CPN (ML) konnte damals zwar keinen Sitz erringen, nahm aber der CPN (UML) viele Stimmen weg. Nach der Wiedervereinigung von CPN (UML) und CPN (ML) Anfang 2002 bliebe die Frage, ob selbst ein formell geeinigter *Nepali Congress* eine Siegeschance hätte. Ein gespaltener *Nepali Congress* könnte darüber hinaus auch Einfluß auf die Sitzgewinne der kleineren Parteien haben, so insbesondere auf die der konservativen *Rastriya Prajatantra Party (National Democratic Party)*.

Aber alle diese Gedanken sind rein spekulativ, weil die Situation in Nepal einfach zu viele Unwägbarkeiten in sich birgt. Fest steht jedoch, daß die Wahlen noch einmal eine Chance zu einem Neuanfang eröffnen. Ein solcher wird aber nur möglich sein, wenn umfangreiche Veränderungen vorgenommen werden. Diese müssen nicht nur die rechtlichen Grundlagen (Verfassung, nachgeordnete Gesetze) betreffen, sondern auch das Verhalten und die Denkweise der Politiker, Funktionäre und Militärs. Und schließlich muß endlich eine gerechte Beteiligung der Menschen in Nepal herbeigeführt werden, unabhängig von Ethnizität, Kaste, Geschlecht und regionaler Herkunft. Letzteres sollte daher bereits bei der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen berücksichtigt werden, aber bereits da bestehen größte Zweifel.

► Internet-Tips:

Commission of the Abuse of Authority (CIAA):

<http://www.akhtiyar.org.np/>

Transparency International - Nepal:

<http://www.tinepal.org/>

Linksammlung von Nepal Research zum Thema Korruption:

<http://nepalresearch.org/politics/corruption.htm>